

Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

Erste
außer der Sonn- und
Feiertage täglich.
Kostet für das halbe Jahr
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.
50 kr., ein Monat 85 kr.
Mit Zulassung in das
Haus 1 fl.
Eingelie Nummern 5 kr.
Mit
Postverfendung:
Zu Inland:
halbjährig 7 fl. viertel-
jährig 3 fl. 50 kr. 8. W.
Zu Ausland:
vierteljährig 4 fl. 50 kr.
Redakteur und Eigen-
thümer
Th. Steinhausen.

Anzeige
aller Art werden in der
Steinhausen'schen Buch-
druckerei angenommen; für
Post bezogen dieselben:
Haasenstein & Vogler,
Joh. Gr. Dorothea 3,
L. Lang & Co., Ann.-Gr.
Bd. 1; für Wien die
Ann.-Gr.: A. Oppelk.
Wollzeile 22, Haasenstein
& Vogler I. Wallfischg. 10,
R. Mosse, Seilerhätte 2;
fürs Ausland Haasen-
stein & Vogler in Berlin,
Hamburg, Frankfurt am
Main, Basel und Par. 3.
Der Raum einer einpau-
tigen Annoncenzeile kostet
beim einmaligen Einrücken
7 kr., bei 2 Malen 6 kr., bei
3 Malen 5 kr., bei 4 Malen
4 kr., bei 5 Malen 3 kr., bei
6 Malen 2 kr., bei 7 Malen
1 kr. 50 ct., bei 8 Malen
1 kr., bei 9 Malen 50 ct., bei
10 Malen 40 ct., bei 12 Malen
30 ct., bei 15 Malen 20 ct., bei
20 Malen 15 ct., bei 25 Malen
10 ct., bei 30 Malen 8 ct., bei
40 Malen 6 ct., bei 50 Malen
5 ct., bei 60 Malen 4 ct., bei
70 Malen 3 ct., bei 80 Malen
2 ct., bei 90 Malen 1 ct., bei
100 Malen 10 ct.

Abonnements-Bureau: In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben, Buchhandlung; in Schässburg in C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erlar); in Szasz-Regen bei Jereu Dengjel & Wachner, Kaufleute; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mühlbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in Maros-Vasarhely in Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Steln, Buchhändler; in Blotz bei Herrn Scholl & Comp. Buchhändler; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeldner, Buchhändler; woselbst die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 97. Hermannstadt, Montag am 27. April 1874.

Hermannstadt, 27. April.
Gestern hat die von uns bereits signalisirte Mandatsniederlegung des bisherigen Mediascher Reichstagsabgeordneten Friedrich Schreiber stattgefunden. Gleichzeitig mit der Nachricht davon wurde uns von demselben nachstehende Erklärung zugesendet:

Budapest, 26. April.
Die Mediascher Reichstagswählerversammlung vom 7. April hat beschlossen: es werde die Erwartung ausgesprochen, daß ich thunlichst bald mein Mandat niederlege. Dieser unzweideutigen und vollständigen Entziehung des Vertrauens und vollständigen Versammlung, von deren Berufung und Verlauf mir nichts incorrectes bekannt geworden, will ich, soweit meine Person ins Spiel kommt, keinen Widerstand entgegenstellen. Ich kann in dem acuten Conflict keine Vergangenheit in die Waagschale werfen, die mir bei Fortsetzung des Streites mit meinen Wählern den lauten Vorwurf der Unbescheidenheit ersparen möchte, ich kann, wenn ich des Maßes meiner Fähigkeiten und der Constellation der Legislative gedenke, auf solche parlamentarische Erfolge nicht rechnen, welche die aufgeregte Stimmung verschönen möchten. Zudem darf ich immerhin der Ansicht Raum geben, daß mein Nachfolger, was Anfangs auch kommen möge, wohl in sehr seltenen Fällen mit der Opposition gehen werde. Ich lege somit das Mandat als Reichstagsabgeordneter nieder.
Wenn ich aber solcher Gestalt aus speziellem persönlichen Gründen es aufgabe, meiner Anschauung von der entschiedenen Verwerflichkeit der so erzwungenen Mandatsverzichte durch eigene That Nachdruck zu verleihen, so darf ich wohl den Wunsch aussprechen: mögen die sächsischen Wähler auf dem Wege, auf dem sie fortgerissen werden, zu einer nächstern Ueberlegung noch einmal Halt machen.

Es mag preiswürdig sein, wenn man gefährdete hohe Güter zu verteidigen die sonst stumm an den Lebensbedingungen des Staates arbeitende Bevölkerung dazu bringt, ihre Stimme hören zu lassen; Aber diese Stimme hat nur dann dauernde Kraft, wenn sie mit zwingender Nothwendigkeit laut wird, wenn das, was sie verlangt, wahre Hilfe ist, nicht bloß die Befriedigung eines sich nur unvollkommen klar gewordenen Unmuthes, den man auf leichter erreichbare Ziele richtet.
Ich gehe nicht auf die Vertheidigung meines Standpunktes zurück. Nur der weiteren Agitation gegen meine Collegen möchte ich einige Gedanken entgegenhalten.
Es ist nicht gutgethan, daß unsere heimischen Wähler über dem Wunsch nach Vertretung ihrer Interessen die Aufgabe des Reichstagsabgeordneten so ganz aus dem Auge verlieren. Man hat es meinem Freunde Mannlicher übel gedeutet, daß er einen Standpunkt über den heimischen Parteien für sich beanspruchte. Ich brauche ihn wohl nicht zu commentiren, aber sicher ist es, daß der Abgeordnete, den die Kronstädter oder Mediascher dem ganzen Lande wählen, aus dem Bannkreise der heimischen Anschauungen herauszutreten die Fähigkeit haben muß, daß ihm überlassen bleiben muß, mit stetem Blick auf das Staatsganze die heimischen Interessen aus jener Unklarheit loszuschälen, welche natürliche, noch so gerechtfertigte Befangenheit um sie und ihre Durchführbarkeit webt.

Es ist nicht gutgethan, wenn wir die Incompatibilität descomptirend mit der Perhorrescirung des Regierungsbeamten so rasch zur Hand sind. Wahr ist es, Gehorsam nicht nur, sondern auch jene Treue gegenüber allen wesentlichen Forderungen der Staatsidee, welche nicht nur vom äußerlichen Gehaben, sondern auch von der Befinnung des Einzelnen verlangt werden muß, wenn der Verwaltungsapparat nicht gehindert werden soll, ist jeder Regierungsbeamte schuldig und da darf er sich auch hinter keine Immunität verschanzten. Kommen seine Ansichten über Verfassung, Gesetz und Staatsraison mit denen seiner Vorgesetzten nicht überein, so wird er seiner divergirenden Meinung in der Amtstätigkeit einen nach Außen wirkenden Ausdruck gleichfalls nicht geben; aber hier steht er, wenn er und solange er Abgeordneter ist, in der Pflicht des größeren Herrn und hat das volle Recht und die von seiner Amtstellung heute noch unverkürzte Pflicht seiner politischen Ueberzeugung zu folgen. Und das ist auch vorgekommen.

Deshalb hätte es wohl erster zwingender Thatsachen bedurft, ehe man diese für sächsische Wahlkreise zurecht gelegte Incompatibilität proklamirt und sich — da von mir nicht mehr die Rede ist, darf ich's wohl sagen — anerkannter Kräfte berauben will, deren Ersatz für eine Bevölkerung nicht leicht werden kann, welche an sich wenig zahlreich weder Großgrundbesitz nach Großindustrie hat und worin nur ein gesundes bürgerliches und häuerliches Element von dem aufgestellten Beamtenstand und von seinen Lehrern und Pfarrern geleitet worden ist.

Am wenigsten aber ist es gutgethan, die in Fluß gekommene Bewegung durch unausgesetztes Anklagen der tiefsten Herzensaiten zum Sturm anzufachen, um dann den Stoß dieses Sturmes auf bisher geachtete Männer des Volkes zu lenken, die für dasselbe — das Gegenheil ist nirgends erwiesen — eben nach eigenem Ermessen thätig sein wollen. Rechtfertigt die einzige Erklärung dieses eigenen Ermessens wirklich das seither Geschehene? Wenn es sich aber nur um einen Anlaß gehandelt haben soll — wir wissen aus der Geschichte, daß oft geringfügige Ereignisse die Schale des Völkernorms überquellen machten — wo ist der Beweis, daß diese Männer die Thronen verschuldet, die bis an den Rand der Schale gestiegen sind.

Einsichtsvolle Männer unter den Ungarn haben den Grund dafür, daß diese mit kraftvoller Initiative begabte Nation es selten über das Zerflören bringt, daß man an sie als staatenbildendes Element so manche Forderung vergebens stellt, darin gefunden, daß der Bevölkerung statt zielbewußter ruhiger und geordneter Arbeit gar zu oft der berauschende Trank directen politischen Eingreifens geboten wird. Man wird mir wohl, wenn ich dieser Lehre gedenke, deshalb nicht den Wunsch zumuthen, unser Volk solle wie in früheren Jahren alles den Beamten überlassend nur zahlen und schweigen; aber der Klage gegenüber, die oft wohlmeinender Lippe entfliehet, daß das Volk seine Kräfte im Kampf ums Recht verzehren müsse, kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß diese in schwerer Zeit doppelt werthvollen Kräfte zum Retten und Erhalten wohl bessere Dienste thun könnten.

Friedrich Schreiber.

Politische Uebersicht.

Hermannstadt, 26. April.
Gar mancher heimische Politiker zerbricht sich den Kopf über die Frage, warum denn der eine Kronstädter Abgeordnete gegen das zu Gunsten der deutschen Sprache von Rapp zu §. 2 des Notariats-Gesetzes eingebrachte Amendement gesprochen, während der andere Kronstädter Deputirte für dasselbe Amendement eintrat? Es wäre uns sehr leicht ihre Neugierde zu befriedigen, wir unterlassen es aber, ihrer eigenen Auffassung vorzugreifen.

Die Frage des rumänischen Eisenbahnanschlusses gibt der Pester „Reform“ Veranlassung ein Zammerlied anzustimmen, das selbst Steine erweichen könnte.
Die Frage des Anschlusses bei Orsova, schreibt das genannte Blatt, ist — wie wir wiederholt behaupten können — entschieden. Die österreichische Staatsbahn erhält die Concession von Temesvar bis Orsova, über das Monopol des Transithandels von der böhmischen Grenze und Wien bis zur rumänischen Grenze; dafür bleibt die Ostbahn bei Kronstadt stecken; der Anschluß bei Tomos oder Dito ist auf Jahrzehnte vertagt; der Handel Siebenbürgens nach Rumänien wird ruiniert, seine ganze industrielle und commerciale Entwicklung in einen Saß gepreßt und der ungarische Staatshaushalt kann noch für unabsehbare Zeiten die der Ostbahn und Ersten Siebenbürger Bahn zugesicherte Zinsengarantie zahlen.

Bis zur Befegung der durch den Hintritt des Anton Mikó erledigten Obergspansstelle im Ester Stuhle, oder bis zu einer diesfälligen zu treffenden anderweitigen Entscheidung hat der Minister des Innern mit der Beforgung des Obergspansamtes im Ester Stuhle den Oberkönigsrichter des Maroszer Stuhles, Michael Mikó betraut.

Der k. ung. Minister für Cultus und öffentlichen Unterricht hat zwei Universitätsprofessoren behufs Studiums des in Wien üblichen Prüfungssystems entsendet. — Die verschiedenen Commissionen der Delegationen haben ihre Arbeiten begonnen; es ist ein ruhiger und rascher Verlauf der Session zu erwarten. — Der ungarische Heresensauschuß verhandelt in zwei abgeordneten Subcomités das Budget. Das Rothbuch, welches, wie wiederholt erwähnt, bloß handelspolitische Acten enthält, gelangt morgen zur Vertheilung.

Ein Correspondent der „Schles. Ztg.“ erzählt von einer „geheimen Note“ des Cardinals Falcinelli an einen „sächsischen Feudalherrn“, um zu erfahren, „wie weit die Curie auf eine Unterjüngung der staatsrechtlichen Opposition in Böhmen rechnen könne.“ Diese Note solle durch ein Exposé des Herrn Grafen Heinrich Clam-Martinić und Dr. Nieger beantwortet werden.

Der Justiz-Ausschuß des deutschen Bundesrathes begann 22. d. die Verathung der Gerichts-Organisation. Der sächsische Justizminister Abelen referirte über den neuesten Entwurf. Die Reichstags-Kommission vereinbarte die Abänderung des Kirchendiener-Gesetzes in sechs Punkten, womit die Regierung sich einverstanden erklärt hat. Es wird in diesem Gesetze die strengste Gerichtscontrole verlangt und die richterliche Berufung auf Verfügung der Landes-Polizeibehörde eingeführt. — Der deutsche Reichstag schließt spätestens nächsten Dienstag, der Landtag, wenn möglich, am 22. Mai. — Die „Provincial-Correspondenz“ beipricht die Absetzung des Erzbischofs Ledochowski und hebt hervor, daß es vor Allem darauf ankomme, der unbefugten Fortsetzung der Amtstätigkeit seitens der abgesetzten Bischöfe wirksam entgegenzutreten. Der Artikel schließt: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Reichsvertretung und die preussische Landesvertretung bereitwillig die Mittel an die Hand

Feuilleton.

Des Sachsen Zubericht.

Du deutscher Stamm im Oien der Karpathen,
Der seltsamst im Sturm der Zeiten stand,
Zahrhunderte mit Schwert, mit Pflug und Spaten
Hast du den Heerweg der Kultur gebahnt;
Die Rebe blüht, es wogen reiche Saaten,
Wo der Nomade einst nur Wildniß fand;
Wo die Wüste, Fels und Urwald starrten,
Sahst du deine Hand sich einen blühnden Garten.

Du hast im Land der Städte Bier gegründet,
Mit stolzen Burgen seine Höhn geschmückt,
Für Freiheit deiner Kinder Herz entzündet
Und Bürgertröten auf ihr Haupt gedrückt;
Du hast den Werth der Arbeit laut verkündet
Von Volk zu Volk, beglückend und beglückt
Und von der Schule hellem Geiße geleitet,
Hast Bildung und Geseßung du verbreitet.

Und doch, wie bange heut' die Herzen schlagen,
Die heldenhast ihr Tagewerk gethan,
Die unter Mühlen, Kämpfen und Entzagen
Die gold'ne Frucht der Freiheit reifen sahn;
Heut' will verweg'ner Uebermuth es wagen
Sich deines Rechtes Heiligthum zu nah'n

Und trotzig will der Nachbar dir entreißen
Den Lohn, den seine Fürsten dir verheißen.

Zum „Schuß der Krone“ kam bereinst berufen
Vertrauend deiner Väter frei Geschlecht,
Der neuen Heimat, die sie kämpfend schufen,
Bewahret sie die Liebe rein und echt
Und Königseide von des Thrones Stufen
Bereiniget ihr alterverrieses Recht,
Das Recht im Mutterlaute der Väter Tugent
Zu pflanzen in die Herzen ihrer Jugend.

Drum sei getroßt mein Volk und ohne Zagen
Such' in Dir selber deine Zubericht
Und mühest Du das Joch der Knechtschaft tragen,
So harre aus, verlaß dich selber nicht;
Die Stunde der Befreiung muß dir schlagen,
Der Ketter naht, der deine Ketten bricht,
Der neuerzüngte Schützgeist der Germanen
Entfaltst sieggewohnt die mächt'gen Fahnen.

Früh auf mein Sachsenvolk! zu neuem Dingen
Erhebe dich im Dienste der Kultur,
Da liegt dein Heil, da wirst du sie bezwingen
Die böse Drachensaat der Unnatur.
Noch breitet segnet seine Aberschwinger
Das Auenland auch über deine Flur!
Früh auf, mein Volk, laß deine Banner fliegen,
In diesem Aberschwinger wirst du siegen!

Bismarck in Versailles.

Unter dem Titel: „Versailles während der Occupation. Sammlung von Urkunden zur Geschichte der deutschen Invasion. Veröffentlicht von E. Delerot“, ist kürzlich bei Plon ein staatlischer Quartband erschienen, welcher dem künftigen Geschichtschreiber der Ereignisse von 1870—71 eine reiche, wenn auch nichts weniger als ungetriebene Quelle zur Verfügung stellt. Herr Delerot war Gemeinderath von Versailles und ein intimer Freund des in der letzten Zeit vielgenannten Herrn Rameau, welcher während der Invasion als Maire in der Königsstadt fungirt hat. Ein Correspondent der „Spener'schen Zeitung“ entnimmt dem Buche eine Episode, die im Großen und Ganzen ziemlich wahrheitsgetreu erzählt zu sein scheint. Es war am 21. October 1870, als Graf Bismarck des Abends, unmittelbar nach dem Gescheh von Malmaison, den Maire von Versailles durch den Legationsrath Grafen Hayfeld zu sich bescheiden ließ. Herr Rameau eilte sogleich nach der Rue de Provence und wurde in das Cabinet des Kanzlers eingeführt. Wie lassen nun den Erzähler selbst sprechen:

Herr v. Bismarck war in Uniform und schien etwas ermüdet; doch war er an einem von drei Kerzen beleuchteten Tische damit beschäftigt, Ausschnitte aus Zeitungen auf weißes Papier zu kleben; der Rest der Blätter, die er hatte fallen lassen, bedeckte den Fußboden. Er war sehr beklommen, athmete schwer und trank von Zeit zu Zeit einen Schluck Selterwasser, wie um sich Luft zu machen. Er schüttelte dem Maire die Hand, dankte ihm, daß er sofort seiner Einladung Folge geleistet hätte, und richtete an ihn mit gleichgiltiger Miene, wie man etwa vom Wetter spricht, die Frage:

— Wie geht es in der Stadt?

Der Maire fand die Frage etwas unbestimmt und antwortete: Ei, Herr Graf, die Stadt hat heute eine Hoffnung gehabt, die sich aber, wie es scheint, nicht erfüllt hat.

— Ich wollte Ihnen nicht davon sprechen, sagte der Graf

geben, den Kampf gegen die geistlichen Verächter der Staatsgesetze durchzuführen und ihren revolutionären Widerstand erfolgreich zu brechen. Je früher die Regierung in den Stand gesetzt ist, mit bestimmten Maßregeln vorzugehen, desto mehr wird sie der äußeren Verwirrung und Zerrüttung einigermaßen vorbeugen können, welche durch das Auftreten der Bischöfe immer entschiedener in die gesammten Verhältnisse der katholischen Kirche gebracht werden. — Die „Provinzial-Correspondenz“ schreibt ferner: Der Kaiser erfreut sich einer stetig fortschreitenden Stärkung des Gesammtpfandes und wird bis gegen Mitte Mai in Berlin und Babelsberg verweilen. Das Befinden des Reichskanzlers Fürsten Bismarck hat sich im Laufe der letzten Woche sichtlich gebessert, dessen Beheiligung an den laufenden Geschäften ist aber auch jetzt noch ausgeschlossen. Officiell wird aus Paris in dem 17. April gemeldet: Eine starke holländische Patrouille stieß 1500 Schritte im Süden des Kraton auf die feindliche Position und mußte sich vor dem feindlichen Feuer zurückziehen. Die allzulebte abgeschickte Verstärkung griff die Position an, wagte sich aber zu weit vor und wurde mit einem Verluste von acht Todeu und neun Verwundeten zurückgeschlagen. — Drei Staaten an der Westküste haben den Souveränitäts-Akt unterzeichnet.

Wie „Etoile“ erfährt, hat der Plan, den der Herzog von Broglie über eine erste Kammer dem Verfassungs-Ausschusse entwickelt hat, auch vor den Augen der legitimistischen Grube gefunden: sie wollen sich nicht mit den Orleansisten auf ein so „dunkles Abenteuer“ einlassen und wie auch der „Monde“ bereits vor einigen Tagen erklärte, nach den Ferien darauf dringen, daß zuerst das neue Wahlgesetz, welches der konservativen Partei sichere Bürgschaften bietet, vertritt werde. Der Herzog von Broglie rechnet aber auf den Gehörg derjenigen Deputirten, deren Ansehen im Abschneiden begriffen ist oder die nie zu Aufsehen gelangt wären, obgleich sie stets nach dem Willen ihrer Führer stimmten, und er hofft, daß die Aussicht auf die Pairswürde sie gegen alle anderen Ansichten hiebs- und stichfest machen werde. Broglie will die „Vertretung der Interessen“ im Oberhause so organisiren, daß sie dem Unterhause das Gegengewicht halte, daß die ehemaligen Minister, großen Grundbesitzer, Offiziere, Generale und Admirale, Gerichtspräsidenten etc. im Nothfalle die aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangene Kammer heimzuschieben den Muth haben. Die legitimistischen halten einen so eingerichteten Senat für eine zu Gunsten der Orleansisten ihnen gelegte Falle: man wolle in demselben den Herzog von Amale zum Präsidenten und diesen dann zu Mac Mahon's Erben und zur Brücke für die Thronbesteigung Louis Philippe's II. machen.

Mac Mahon eröffnete am 23. d. die zu Gunsten der Etsäg-Vorkrieger veranstaltete Ausstellung der Privat-Galerien. — Die Reise Dupanloup's nach Rom bezweckt die Errichtung zweier großer katholischer Universitäten in Cambrai und Poitiers. — Broglie wird in der nächsten Sitzung der Bernanzenz-Commission die Debatte über das Depressions-Circular nicht annehmen. — Das im carlistischen Hauptquartier gedruckte offizielle Blatt veröffentlicht einen Artikel, worin die Sache des Don Carlos mit jener Chambord's identisch und im Namen Weider erklärt wird, daß von dem Siege ihrer Sache die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes und die Ausrottung der Gewissensfreiheit und des allgemeinen Stimmrechts abhängt.

Pius IX. soll heilig gesprochen werden. Die Congregation der Arien bereitet den Antrag auf Canonisation bereits vor. Unter den Päpsten, welche seit Karls des Großen Tod auf Petri Stuhl saßen, wurden unter 161 nach dem neuesten clericalen Staatshandbuch sieben heilig gesprochen: Pothalis I., Leo IV., Niklaus I., Leo IX., Gregor VII., Celestin V., Pius V., Pius IX. wird also der achte sein. Als die Päpste von der Würde der weltlichen Herrschaft noch frei waren, zeigten sie sich noch liberaler Beobachtung in ihrem oberpriesterlichen Amte der weltlichen Macht gegenüber williger. Die bis Constantin den Großen den Bischof in Rom inne hatten, seien vorzüglich aus dem Grund alle heilige Männer geworden, weil sie mit der weltlichen Herrschaft sich nichts zu thun machten.

Concha steht in Paredo die Vorbereitungen zum Angriff fort. Derselbe wird Mittwoch in Santander erwartet. Der Angriff wird wahrscheinlich bis Samstag verschoben. Mehrere Dampfer mit Kranken sind in Santander eingetroffen.

Der auf Autorität der Morning Post gemeldete Entschluß des Schatzkanzlers, den Antrag auf Aufhebung der Pferdesteuer zurückzuziehen, wird von kompetenter Seite dementirt. — Das Indische Amt ist wieder mit einem Projecte betrefis Herstellung einer Handelsstraße von Indien nach dem westlichen China beschäftigt. — Der Londoner Vertreter der Suezkanalgesellschaft zeigte der Regierung an, die Passage im Suezkanal werde von jetzt ab den Schiffen nur gegen Ertrag der bisherigen Gebühren gestattet und den britischen Kriegsschiffen die Einfahrt erst nach Erlegung der Gefälle erlaubt sein.

Präsident Grant legte gegen den Entwurf über Regulirung der Finanzfrage sein Veto ein und erklärte, daß die durch die Vorlage festgesetzte Vermehrung des Papiergeldes die Grundsätze einer gesunden Finanzpolitik verleugne und die vom Kongresse angenommenen Garantien über das Verhältniß der gesetzlichen Zahlungsmittel verlege. Grant empfiehlt dringend, Geld wieder zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen, zur Vorbereitung der Wiederaufnahme der Zahlungen in Gold Staatsnoten anzulassen und einen Vorrath von Gold einzusammeln. Das Veto des Präsidenten findet allseitige Zustimmung, da dadurch die befürchtete

Sähele. Ich wollte Sie fragen, ob sich unsere Leute in der Stadt Ausbreitungen oder Mißbrände zu Schulden kommen lassen.

— Es ist merkwürdig, sagte er dann plötzlich, wie wenig man in Frankreich und besonders hier in Versailles weiß, was der Kriegszustand eigentlich zu bedeuten hat. Wenn zum Aufstehen gelassen wird, soll der männliche Theil der Bevölkerung daheim bleiben, sonst kann auf ihn geschossen werden. Statt dessen kommen Ihre Landsleute neugierig heraus, schaaren sich auf den Plätzen und in den Avenuen zusammen und scheinen den weiteren Verlauf der Begebenheiten abzuwarten, um nöthigenfalls daran theilzunehmen. Das kann ihnen übel bekommen. . . . Als ich heute zu den Truppen hinausritt, gab es über dreihundert Neugierige in der Rue de Provence; ich habe mich deshalb beschwert und der Posten bekam Arrest, weil er nicht die Menge nach einer einfachen Verwarnung mit den Waffen streifen hatte. Wir hatten heute einen Ausfall von Paris und einen andern vom Mont Valerien. 20 Bataillone waren ausgerückt, morgen können es vierzig sein und die Alarmsignale können sich wiederholen. Bedenken Sie also Ihren Einwohnern, daß sie zu Hause bleiben, wir wollen Ihnen schweres Unglück ersparen.

Wenn gewisse Persönlichkeiten zum Beispiel der König, Herr v. Moltke oder ich, auf der Straße erscheinen, gibt es gleich einen Auslauf: das ist uns lästig. Sowie ich erkannt werde, läuft man mir nach. Neulich kam ich des Abends allein von der Präfektur zurück, da gingen zwei oder drei Personen dicht hinter mir her. Die eine hielt die rechte Hand in der Tasche und ich, machte mich schon auf einen Messerstich gefaßt. Wenn das einem unserer jungen Offiziere begegnet wäre, hätte er gleich blank gezogen und eingehauen: das ist Kriegsgesetz. Ich habe es nicht gethan, sondern nur den Menschen, der mir auf der Ferse folgte, von dem nächsten Posten verhaften lassen und da man mir sagte, daß er in dem Viertel bekannt sei, ließ ich die Sache auf sich beruhen. Sie müssen die Einwohner durch Ihre Agenten, nicht durch eine Kundmachung anweisen, daß das aufhören soll.

Nach einer neuen Pause nahm Herr v. Bismarck eine Zigarre and bot sie dem Maire an. Da dieser ablehnte, sagte er:

Desorganisirung der Reserverfonds der Banken vermieden wird. Das Repräsentantenhaus wird voraussichtlich das Gesetz über die Befreiung der Banken von den gesetzlichen Beschränkungen in einer mit den Ansichten des Präsidenten übereinstimmenden Fassung annehmen.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Budapest, 23. April. Präsident Bela Perczel eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhanfes um 10 Uhr.

Michael Kemény überreicht das Gesuch des Bekerer landwirthschaftlichen Vereins um Ausräumung eines separaten Ackerbauministeriums. Das Gesuch wird dem Petitionsausschusse zugewiesen.

Das Haus geht hierauf zur Tagesordnung über und setzt die Debatte über den Notariats-Gesetzentwurf fort.

§. 54 des Gesetzentwurfes zählt jene Fälle auf, in welchen zur Gültigkeit eines Rechtsgeschäftes eine Notariats-Urkunde nöthig ist. Georg Kondorosy stellt den Antrag, es möge in diesem Paragraphen ausgesprochen werden, daß nicht nur zu Rechtsgeschäften zwischen Gekleuten, sondern auch zu Rechtsgeschäften, welche Geschwister und Verwandte des einen Ehegatten mit dem andern Ehegatten haben etc. die Notariatsurkunde nöthig sei. Auch die übrigen Punkte des Paragraphen will Redner geändert wissen, und stellt auch bezüglich derselben seine Anträge.

Michael Besán scheidet in dem vorliegenden den wichtigsten Paragraphen des Gesetzentwurfes und will über denselben aus diesem Grunde nicht übereilt beschließen. Er beantragt der Paragraph solle dem Zentralausschusse zur abermaligen Berathung zugewiesen werden.

Der Referent des Zentral-Ausschusses ist hiemit einverstanden. Justizminister Pauler hat gegen den Antrag nichts einzuwenden. Für Michael Besán's Antrag sind angenommen, der §. 54 dem Zentralausschusse zur abermaligen Berathung zugewiesen.

Hierauf gelangt das Separatvotum der zweiten Klasse welche nach dem §. 54 folgende zwei Paragraphen einschalten will, zu Verhandlung: §. 55 Auch zur grundbücherlichen Intabulation von solchen Rechtsgeschäften, die hinsichtlich der Uebertragung oder Beschränkung des auf Immobilien bezüglichen Eigentumsrechtes geschlossen werden, sind Notariatsurkunden nöthig, insofern die Uebertragung und Beschränkung in den von den Gerichten aufgenommenen Theilungs- oder Ausgleichsurkunden nicht enthalten wäre.

Die über solche Rechtsgeschäfte nach Inkrafttreten dieses Gesetzes abgefaßten Privaturkunden können nur dann zur Grundlage einer grundbücherlichen Intabulation dienen, wenn dann denselben gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes die Kraft von öffentlichen Urkunden gegeben wird.

§. 56. Die Notariatsurkunden, welche über grundbücherlich eingetragene Immobilien betreffende Rechtsgeschäfte aufgenommen werden, müssen acht Tage nach ihrer Ausstellung, insofern die Interessenten nicht anders verfügt hätten, vom Notar der kompetenten Grundbuchbehörde behufs Vollzugs der ordnungsgemäßen Intabulation eingereicht werden.

Die Grundbuchs-Petitionen sind zwar nach Maßgabe der Grundbuchsordnung auszufüttern; der Notar muß indessen die von den Parteien erhaltene besondere Ermächtigung nicht nachweisen.

Ernst Hedry, Referent der zweiten Sektion, motivirt eingehend das Separatvotum und empfiehlt dasselbe zur Annahme.

Kutnyig Kármán reicht einen Antrag ein, nach welchem — in Anbetracht dessen, daß die Entfernung der Grundbuchbehörde großen Einfluß darauf hat, wie das Volk von dem Grundbuchsamt Gebrauch macht; in Anbetracht dessen, daß das bestehende Gerichtssystem demnächst revidirt, und sowohl die Zahl als der Sitz der Gerichtshöfe und Bezirksgerichte somit auch der Grundbuchsämter geändert werden wird — der Justizminister angewiesen werde, mit dem Entwurf über die neue Gerichtsorganisation gleichzeitig auch über den Notariatszwang betreffend die Uebertragung des auf Immobilien bezüglichen Eigentumsrechtes einen motivirten Vorschlag zu unterbreiten.

Julius Steiger und Demeter Boncs stimmen für das Separatvotum, Gabriel Várady und Andreas Schmaus für den Text des Zentralausschusses.

Nachdem noch mehrere Redner unter großer Ungebuld des Hauses gesprochen, erfolgt die Abstimmung; die Majorität des Hauses lehnt das Separatvotum ab, ebenso den Kármán'schen Beschlußantrag.

Wir theilen die uns zur Disposition gestellten Reden des Abgeordneten Casper, welche derselbe am 22. und 23. d. M. in der Notariats-Frage gehalten hat, hier vollinhaltlich mit.

Geehrtes Haus! Es ist eine Hauptaufgabe jeder verfassungsmäßigen, besonders aber der ungarischen Staatsgesetzgebung, durch liebevolle zeitgemäße Gesetze die Zufriedenheit aller Staatsbürger zu bewirken, zu diesem Zwecke die mit deren Leben streng zusammengewachsenen Gewohnheiten und Eigenthümlichkeiten in billige Rücksicht zu ziehen und besonders jedem Vaterlandsbürger den möglichst freien Gebrauch seiner mit ihm geborenen Mutterprache, als seines theuersten Rechtes, aufrecht zu erhalten und sicherzustellen, denn nur jener Staat ist wahrhaft stark, welcher auf die Vaterlandsliebe und Zufriedenheit seiner Völker aufbaut ist, diese Vaterlandsliebe und Zufriedenheit aber läßt sich am allerwenigsten durch

— Aber Sie erlauben mir doch zu rauchen?

Der Maire verneigte sich.

— Nun denn, Herr Maire, fuhr der Graf fort, nachdem er seine Zigarre angezündet hatte, es scheint, daß wir den Winter bei Ihnen verbringen werden, und doch wünschte ich sehnlichst nach Berlin zurückzukehren.

— Die Sache ist uns gewiß nicht minder unangenehm, erwiderte der Maire; aber warum muß es denn so sein?

— Ohne Wahlen ist kein Friede möglich. Jetzt gibt es Niemand, der für Frankreich unterhandeln kann: weder der Graf Chambord noch die Orleans, noch die Kaiserin-Regentin. Und doch will Frankreich den Frieden und Deutschland will ihn ebenfalls. Wir werden gezwungen sein, mit Napoleon III. zu unterhandeln und ihn Guch aufzuzwingen.

— Das werden Sie nicht thun. Frankreich würde das als eine bittere Kränkung empfinden!

— Es liegt aber doch im Interesse des Siegers, den Besiegten in den Händen einer Gewalt zu lassen, die sich nur auf die Prätorianer stützen könnte, weil er dann nicht so bald an einen neuen Krieg denken würde. . . . Es ist unglücklich, wie weit die kaiserliche Regierung die Korruption getrieben hat. Kennen Sie die Papiere, die in den Tuilerien gefunden worden sind?

— Nein, Herr Graf, Sie wissen, daß wir seit mehr als einem Monat ganz abgeperrt sind.

— Sehr merkwürdige Papiere das! Es gibt auch Führer der demokratischen Partei, die darin kompromittirt sind. Ich muß die Sachen doch in unserer kleinen Zeitung (dem „Nouvelles de Versailles“) erscheinen lassen. Sie haben aber Unrecht, zu glauben, daß Napoleon III. keine Wurzeln mehr im Lande hat; er hat noch die Armee für sich. . . . Der Maire klagte über die ungeheuren Lasten, von denen die Stadt erdrückt würde. Was die polizeilichen Vorgänge betreffe, fügte er hinzu, so hätte er darüber eintretenden Falls dem Platzkommandanten berichtet und nicht für passend gehalten, Herrn von Bismarck damit zu beschäftigen.

— Ach ja, erwiderte dieser, Sie haben sich über eine Geldstrafe

solche Gesetze schaffen, durch welche der größere Theil der Staatsbürger seiner theuersten Rechte beraubt wird.

Ich gestehe aufrichtig, daß ich nicht einen so exklusiven Standpunkt einnehme, wie einige meiner Deputirten-Collegen und daß ich die Sprachmanie der ungarischen Sprache als Staats- und Amtssprache als notwendig anerkenne, aber nur insofern, als dieses die Einheit des Staates, und die Möglichkeit der Regierung und Verwaltung notwendiger Weise bedingen, denn jeder weitergehende Zwang ist liberal, ungerecht und dem Nationalitäten-Gesetze zuwider.

Das Institut der öffentlichen Notare ist nun aber eigentlich kein Staats-Institut und kann ein solches auch nach der Natur der Sache nicht sein, denn der festgestellte Wirkungsbereich der Notare erstreckt sich größtentheils nur auf Privatangelegenheiten und der Notar bezieht vom Staate gar keinen Gehalt, sondern erhält seine Bezüge für alle seine Arbeiten von den betreffenden Parteien.

Bei dieser Institution kann daher die im §. 7 des vorliegenden Gesetzentwurfes enthaltene Bestimmung, welche nur den ausschließlichen Gebrauch der ungarischen Sprache festsetzt, so daß die Benützung jeder andern Sprache von der Gnade des Justizministers abhängt, aus keinem Staatsrücksichten begründet werden und solche willkürliche Bestimmung bildet jedem nichtungarischen Staatsbürger gegenüber eine absolute Rechtsverletzung. Ich getraue mich zu behaupten und wollen Sie es glauben, meine Herren, daß Sie durch solche einseitige unduldsame Politik, durch so unangenehmen Sprachzwang dem Vaterlande und der ungarischen Nation einen schlechten Dienst erweisen, denn Sie fördern das gegenseitige Mißtrauen dessen zu Tage, was Sie erreichen wollen.

Die ungarische Nation hat seit altersher am meisten für ihre Freiheit, ihre Sprache und Nationalität kämpfen müssen und führt so am besten, was es heißt, durch Andere dieser theuersten Rechte beraubt zu werden. Ich hielt mich daher berechtigt zu dem Glauben, daß sie — nunmehr zur Herrschaft gelangt — nicht in den Fehler ihrer Gegner verfallen und nicht so schnell vergessen werde das deutsche Sprichwort: „Was du nicht willst, das man dir thu“, das süß auch keinem Andern zu.“

Mit Bedauern muß ich indessen sehen, daß ich mich in dieser Hoffnung getäuscht habe und daß die Regierung und die Majorität des gezeigten Hauses in der sogenannten Nationalitätenfrage und namentlich in der Sprachenfrage einen so exklusiven Standpunkt eingenommen, daß dadurch in unserem materiell ohnehin zu Grunde gerichteten Vaterlande auch noch der theuere Friede und die Eintracht zwischen den Nationalitäten stark gefährdet ist.

Ich verwahre mich im Voraus gegen etwaige Voraussetzungen, als ob ich irgend einen besondern nationalen Standpunkt einnehme, oder die Zustandbringung solcher Gesetze wünsche, welche der Einheit und dem Bestande des Staates zuwiderlaufen; das nicht! denn mit voller Aufrichtigkeit halte ich an der ungarischen Verfassung, gut wissend, daß wenn solche zusammenbricht, auf den Ruinen derselben weder mir noch meiner Nation der Friedensszweig wächst; aber gerade deswegen, weil ich dies weiß, habe ich für meine Abgeordnetenschaft gehalten, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen und gerade deshalb bin ich nach Maßgabe meiner geringen Kräfte bestrebt dahin zu wirken, daß wir solche Gesetze schaffen, durch welche wir das friedliche und brüderliche Zusammensein und die Zufriedenheit aller Staatsbürger ermöglichen und auch für die Zukunft sichern, denn ich — ich gestehe aufrichtig — bin nicht vermessen genug, die Gefahr ignoriren zu wollen, welche in des Volkes Unzufriedenheit verborgen liegt.

Allen Verleumdungen zum Troß getraue ich mir zu behaupten, daß der sächsishe Bürger so ein aufrichtiger Staatsbürger ist wie jeder Andere immer, denn er zahlt ebenso pünktlich seine Steuern und erfüllt gerade so gut seine andern staatsbürgerlichen Pflichten; hiemit sei aber der Staat und die Regierung zufrieden, belasse ihm den freien Gebrauch seiner Sprache wenigstens in seinen eigenem Privatangelegenheiten und verlange nicht von ihm, daß er selbst auch ein Ungar werde und seine Nationalität verleugne.

Ich unterstüge das von Besán Mihály eingereichte Amendement mit der von Nemes Péter beantragten Verbesserung.

II.

Geehrtes Haus! Wenn der Zweck des vorliegenden Gesetzentwurfes der wäre, einigen hundert Individuen Brot zu verschaffen und deren Existenz sicherzustellen, so könnte man vielleicht leichter begreifen, warum der beantragte Notariatszwang notwendig sei; nachdem aber der Zweck des Gesetzentwurfes nicht dieser, sondern hauptsächlich der ist, den Fortschritt unserer Rechtspflege zu ermöglichen und unsern übermäßig bebürdeten Gerichten Abhilfe und Erleichterung zu verschaffen und nach dem dieser Zweck auch ohne Notariatszwang ganz gut erreichbar ist: so kann ich überhaupt nicht begreifen, warum man diesen Zwang dem Volke absolut aufzotroiren müßte.

Die vielen Steuer- und Gerichts-Executoren, das verworrene Nachschaffverfahren und viele andere verfehlte Bestimmungen, womit die neue Civil-Prozeß-Ordnung unser Land gequält; außerdem die schlechten Grundsteuergebühre und die allgemeine Stockung aller Geschäfte, — alles dieß sage ich ist vollkommen hinreichend dazu, das materielle Aufblühen des Volkes zu hindern und es bedarf wahrlich nicht auch noch der Einführung des Notariatszwanges, wenn wir die Steuerfähigkeit der Staatsbürger auch noch weiterhin aufrecht zu erhalten wünschen.

von 100 Francs beklagt, die wegen verzögerter Lieferung eines Fuhrwerks verhängt wurde. . . .

Und da der Maire bei dem Worte: Geldstrafe eine Bewegung machte, fuhr er fort:

— Lassen wir die Prinzipien bei Seite. Es soll keine Geldstrafe sein, nun denn, nennen wir es eine Kriegskonttribution, eine Erpressung, wie Sie wollen; aber ich bitte Sie: Zahlen Sie diese kleine Summe. Das können Sie schon mir zu Gefallen thun, der ich mit darauf hingewirkt habe, daß Ihnen eine Kriegskonttribution von 400,000 Francs erlassen wurde.

Der Maire entgegnete, er könne keine Strafe für einen Hergang zahlen, bei welchem die Gemeindeverwaltung sich weder bösen Willen noch eine Nachlässigkeit vorzuwerfen hätte, da ihr die Sache materiell unmöglich gewesen sei.

— Sie hätten nöthigenfalls den Wagen requiriren müssen, den ich selbst für meinen persönlichen Gebrauch miethete, ich hätte nichts gesagt. Aber ein Courier des Königs, der einen dringenden Auftrag hatte, konnte nicht abfahren; man mußte Neils nehmen, das hat 800 Francs gekostet und der Zweck wurde nicht erreicht. Dafür mußte Genugthuung genommen werden.

Es trat, wie noch mehrmals in diesem Gespräch, eine Pause ein. Während einer dieser Unterbrechungen stand Herr v. Bismarck auf, nahm einen Leuchter und betrachtete mit dem Maire die Kupferstiche und Bilder, welche an den Wänden hingen; er erkundigte sich nach dem Eigenthümer des Hauses und machte einige scherzhafte Bemerkungen über die Gemälde. (Schluß folgt.)

Notiz.

— (Dringend.) Vor das Justizpolizeigericht von Saint-Drieux kommt dieser Tage ein Prozeß, bei dem es sich um zwei Eisenbahnbeamte handelt, die auf einem Zug, der von Guingamp nach Saint-Drieux fuhr, in Streit gerietzen und den Zug anhalten ließen, um ihren Streit auszufechten.

Raum hat noch die Vortheilhaftigkeit der schon sind wir bereit, und nahezu unmöglich ist, wie z. B. im großen Kauf- und Tauch-Werthe von kaum 10, nicht zu rechtfertigen, und Legalisierungszwange abgesehen von den großen Meilen weiten Reisen zu

Ich meinerseits die Notariats-Institution ob dem freien Willen der Bedieselbe überall da, meindenotaire oder Win die Notariats-Institution nicht begreifen, daß das es nicht einmal seinen er Wenn hier und da der Herr Abgeordnete davon doch nicht die sein jache gestekt werde, sondern durch andre Mittel zu be Gsemehy jochen auch in Diejemzujolge kan erufche das gebrte Haus

Hermannstadt. Minister des Inn Aus den in der Berichten der Obergepa Steuerausweisen mancher deutenderen Beträgen vo als einem Falle auch so der Zeit aus einer oder aus der Vorkreibung d

Die Eotenzhaltung Arbeit und hindert and angelegenheit, deren Ver Kontribuenten als wähn Da im Sinne d beziehungsweise die Gem die in dieser Hinsicht er Finanzbehörden zur Ver der aus Verläumlich de nur dann zu hoffen ist, Verpflichtungen gemäß al Finanzbehörden bei Zeit angefordert, solche Anla Steueransweisen sich als Jurisdictionsgebiet entwei oder Ablebens unentreib einreibbarfeit dokument Finanzminister wiederbe Daten für die Vergange aber von Viertel-zu Vie ordentlichen Ausweise zu

Budapest, 13. Ap

Kronstadt, 24. bereitet ein Schützenfest hier stattfindenden Verei bereits ein Fest-Comite ment des Festes überlasse bürger und die Butarsq der Alles aufbieten wird, hofft auf recht zahlreich Bezüglich der Com wesentliches berichten. worden; die Wahl-Com der diesmaligen Commun werden, da durch die r Bewohner Kronstads in worden ist, der bei Gel bestand.

Vor allem Andern keit noch, die übrigen deputirten nicht im Ger soweit ich die Verhältniß nichtschäftlichen Mitbürger wählenden Communitäts lich die Spitze abbrechen.

Budapest, 23. Briefe an seine Wähler, aufgehört, jener Nation bisher gefämißt.

Hofrath Beöthy, die Pferde eines Omnibus werden konnte.

Budapest, 24. Naplo“ erfährt, zahlreich in der Wuntspien-arron Sonntag um 11 Uhr Be abgehalten werden soll. — bei der heute in Somkut einstimmig wiedergewählt.

Budapest, 25. A Legislative einem erfreulich rajch gestern erfolgte Er tretenden Notariatsgesetz nicht entschlagen, daß w Zwischenraum parlament Circulus vitiosus par ex das Creditoren eines län Ehre und Anerkennung z gemäßigste Parteistellung, festigung des Cabinets er eines umfassenden, segn Arbeitsamt und Gewisse einzig und allein jetzt die begründen, wobei ein no Apparates gleichzeitig je abzurufen vermochte.

Indem im Laufe di die Unterhausjitzungen be

